



Öffentliche Bekanntmachung

Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 22.10.2024, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Konferenz- und Schulungszentrum, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.08.2024
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Kinder und Jugendliche in vorherigen und aktuellen Krisen
6. Produktbericht Stand 30. Juni 2024 für das Budget des Fachdienstes Jugendamt 2024/128
7. Änderung und Neufassung der Satzung des Jugendamtes 2024/129
8. Änderung und Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege im Landkreis Peine 2024/130
9. Reduzierung der Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine 2024/131
10. Informationen der Verwaltung
 - Aktueller Sachstand Koordination Kinderschutzkraft
 - Strategie Jugendpflege
 - Sachstand Ganzttag
 - Sachstand Sozialraumorientierung
 - Verschiebung Workshop 2024
11. Anfragen und Anregungen



Informationsvorlage Federführend: Fachdienst Jugendamt	Vorlagennummer:	2024/128
	Status:	öffentlich
	Datum:	02.10.2024

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Jugendhilfeausschuss (Kenntnisnahme)	22.10.2024	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	0 €
Mitwirkung Landrat:	nein	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Produktbericht Stand 30. Juni 2024 für das Budget des Fachdienstes Jugendamt

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Der **FD 34 „Jugendamt“** rechnet derzeit mit einer Budgetüberschreitung von 3,8 Mio. €. Die Abweichung vom Planbudget beträgt damit ca. 7 % und führt zu nicht unerheblichen Mehrkosten. Die Produktziele werden fast überall erreicht.

Produkt 3410 (Unterhaltungsvorschuss):

Die Budgetüberschreitung liegt voraussichtlich bei 433.100 € und hat folgenden Hintergrund: Zum 01.01.2024 ist der Mindestunterhalt gemäß BGB um 10 % und damit überdurchschnittlich stark gestiegen. Gleichzeitig sind die Selbstbehalte (vgl. "Düsseldorfer Tabelle") gestiegen. Diese Effekte werden aber dadurch abgemildert, dass der größte Teil durch das Land erstattet wird.

Produkt 3631 (Jugendsozialarbeit / Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz):

Die Finanzlage ist hier überwiegend durch Zuschüsse für Jugendberufshilfe geprägt und wird in 2024 insgesamt stabil bleiben. Die Stelle "Jugendschutz" ist zum 01.04.2024 wiederbesetzt worden, die Maßnahmen brauchen jedoch eine gewisse Vorlaufzeit. Das Ziel "Anzahl Maßnahmen Jugendschutz" wird daher vermutlich in diesem Jahr noch nicht erreicht werden können.

Produkte 3610 und 3651 (KiTa / Kindertagespflege):

Es wurden bisher 130 KiTa-Plätze mehr geschaffen als bei der vor einem Jahr erstellten Planung angenommen, was zu einem um ca. 500.000 € höheren Zuschussvolumen an die Gemeinden führt. Daher wird das Budget 3651 voraussichtlich mit entsprechendem Defizit abschließen.

Letztlich handelt es sich aber um eine eher positive Entwicklung, denn in dem Zusammenhang werden die Schadensersatzzahlungen wegen fehlender KiTa-Plätze nach aktueller (vorsichtiger) Schätzung um ca. 200.000 € niedriger ausfallen. Für das Budget 3610 wird daher eine Planunterschreitung in dieser Höhe ausgewiesen.

Produkte 3633 (Hilfe zur Erziehung) und 3634 (Eingliederungshilfe / Hilfe für junge Volljährige / Inobhutnahme):

Die finanzielle Verschlechterung von jeweils gut 1,9 Mio. € gegenüber dem Plan geht zunächst auf Fallzahlsteigerungen zurück, diese fallen aber insgesamt vergleichsweise moderat aus. Stärker schlagen hier die Entgelterhöhungen bei verschiedenen Hilfearten zu Buche. Hauptsächlich betroffen sind Heimerziehung für Minderjährige und Volljährige (§ 27 / § 34 / § 41), Schulbegleitung (§ 35a) und Inobhutnahmen von UMA (§ 42 / § 42a). Die Kapazitäten der Jugendhilfeanbieter stoßen schon seit längerem an Grenzen. Durch Nachfrageüberhang und steigende Preise, auch bei Anbietern, zeigen sich in der Praxis auch deutliche Preissteigerungen.

Hohe Stellenvakanzen im ASD führen zwar zu kurzfristigen Einsparungen, werden jedoch langfristig überlagert durch negative Effekte, da keine ausreichende Fallsteuerung mehr möglich ist und daher junge Menschen unnötig lange in Hilfen verbleiben können.

Daneben ist mit dem Ausfall von Kostenerstattungen in Millionenhöhe zu rechnen. Die Anzahl der UMA ist im Vergleich zum Vorjahr von 52 auf 86 gestiegen. Wegen fehlender Kapazitäten der freien Träger mussten andere Lösungen gefunden werden, insbes. Hotelanmietungen mit pädagogischer Begleitung. Hier ist jedoch eine Zuordnung der Kosten zu Einzelfällen aus verschiedenen Gründen absehbar

nicht möglich, so dass fraglich ist, ob diese Kosten (für 2024 geschätzt knapp 1 Mio. €) beim Land abgerechnet werden können. Dazu kommt noch, dass eine zu den Transaufwendungen proportionale Steigerung des Kostenbeitragsaufkommens für die Zukunft nicht zu erwarten ist. Trotz steigender Fallzahlen wird dieses möglicherweise sogar leicht sinken. Grund sind die gesetzlichen Änderungen der letzten Zeit, vor allem der Wegfall des Kostenbeitrags aus dem Einkommen junger Menschen, die eingeführten Freibeträge für übergeleitete Sozialleistungen sowie die Änderung der Kostenbeitragstabelle analog zur "Düsseldorfer Tabelle" (vgl. Produkt Unterhaltsvorschuss).

Produkte 3635, 3636 und 3675 / Personalaufwendungen:

Für den FD 34 insgesamt betrachtet werden die Personalaufwendungen deutlich geringer als geplant ausfallen (vgl. dazu Anlage "Produktbericht einzeln"). Grund sind etliche Stellenvakanzen, vor allem im ASD.

Das führt auch zu den in der Anlage "Produktbericht gesamt" ausgewiesenen positiven Budgetabweichungen bei den Produkten 3635 (u.a. Stellenvakanzen Beistandschaft) und 3636 (u.a. Vakanz Controlling).

Die negative Abweichung bei Produkt 3675 (Erziehungsberatungsstelle) rührt daher, dass die Sachgebietsleitung damals irrtümlich nicht in diesem Produkt angesetzt wurde (die Stelle war zur Zeit der Haushaltsplanung vor einem Jahr unbesetzt, die Personalaufwendungen fallen aber 2024 natürlich an).

Ziele / Wirkungen:

entfällt

Ressourceneinsatz:

entfällt

Schlussfolgerung:

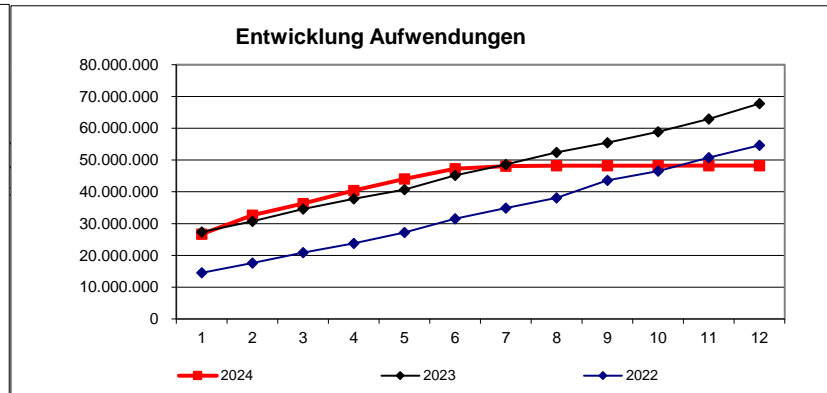
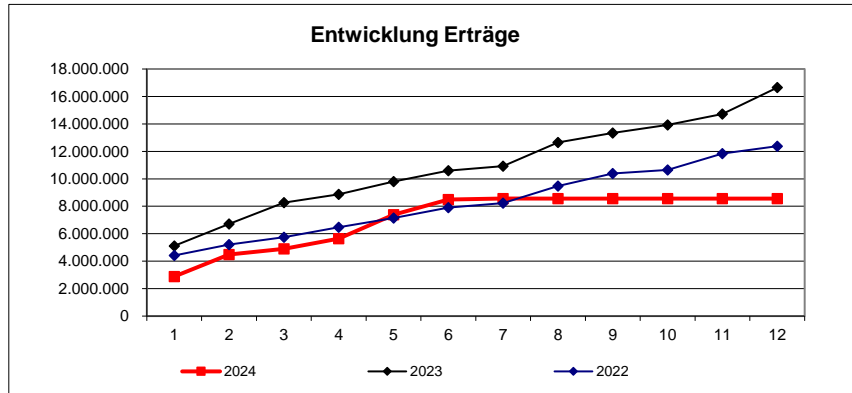
entfällt

Anlagen

- Produktbericht einzeln
- Produktbericht gesamt

Erträge															
	Plan	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Ergebnis	Prognose
2024	14.563.700	2.882.903	1.609.670	416.003	726.849	1.750.464	1.099.708	81.188	-2.012	0	0	0	0	8.564.773	16.085.000
ordentlich	14.563.700	2.878.159	1.609.670	416.003	726.849	1.750.464	1.099.708	81.188	-2.012	0	0	0	0	8.560.030	16.080.000
außerordentlich	0	4.744	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.744	5.000
ILV-Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2023	13.356.200	5.116.612	1.596.816	1.549.932	599.615	947.235	781.815	335.334	1.716.378	701.499	581.251	792.207	1.928.840	16.647.534	
2022	12.839.600	4.416.212	793.395	537.497	731.735	671.517	752.565	326.032	1.245.850	914.242	266.435	1.184.029	540.078	12.379.586	

Aufwendungen															
	Plan	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Ergebnis	Prognose
2024	68.477.600	26.674.738	6.005.043	3.591.580	4.117.321	3.681.393	3.160.774	866.147	165.454	0	0	936	0	48.263.386	73.848.000
Personal	8.528.400	511.346	513.302	534.377	547.354	533.212	537.603	13.971	0	0	0	0	0	3.191.166	7.152.000
Sachaufwand	505.200	55.734	34.741	9.979	12.797	18.495	11.609	365	0	0	0	0	0	143.721	354.000
Transferaufwand	56.025.900	25.129.949	5.361.020	2.981.044	3.393.919	3.064.438	2.479.250	841.669	165.454	0	0	0	0	43.416.741	63.447.000
sonstige	2.043.400	965.519	35.303	4.902	38.229	13.169	13.467	0	0	0	0	936	0	1.071.525	1.915.000
Abschreibungen, Zinsen	1.374.700	12.190	60.677	61.278	125.023	52.079	118.845	10.142	0	0	0	0	0	440.233	980.000
ILV-Aufwand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
außerordentlich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2023	64.012.300	27.356.226	3.351.425	3.868.270	3.183.630	2.961.888	4.429.489	3.488.455	3.760.383	3.059.663	3.410.173	4.045.734	4.844.451	67.759.787	
2022	54.048.500	14.513.375	3.100.207	3.263.567	2.925.735	3.396.949	4.326.623	3.327.954	3.206.660	5.519.913	2.965.168	4.230.251	3.857.533	54.633.936	



**Prognose
Produktbudget:**

●	-53.913.900
□	-57.763.000
□	3.849.100

Erläuterung/Prognose:

Produktbericht zum Ergebnishaushalt 2024

Produkt/-gruppe/-bereich		Finanzen / Budget				Leistungen ("Top"-Kennzahlen)			"Top"-Zielkennzahlen					
Nr.	Bezeichnung	Plan	Prognose Jahres- ergebnis	Abweichung	Tendenz	Indikator	Plan	Prognose Jahres- ergebnis	definiertes operationales Produktziel	Messgröße	Plan	Prognose Jahres- ergebnis	Ziel- erreichungs- grad	Abwei- chung
24203	Bundesausbildungs- förderung	-97.800	-70.000	27.800	😊	Anträge	200	184	Anteil der innerhalb von 4 Wochen nach Eingang aller notwendigen Unterlagen beschiedenen Anträge	Prozent	80	96	120%	😊
3410	Unterhaltsvorschuss	-503.900	-937.000	-433.100	👉	Fälle	1.650	1.732	Anteil der innerhalb von 4 Wochen nach Eingang aller notwendigen Unterlagen beschiedenen Anträge	Prozent	80	88	110%	😊
3430	Betreuungsstelle	-487.900	-451.000	36.900	😊	Fälle	1.850	2.126	Beratungsquote (alle Betreuerinnen und Betreuer)	Prozent	100	100	100%	
3610	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	-2.483.600	-2.226.000	257.600	😊	Anträge	340	339	Tagespflege-Fälle	Anzahl	340	339	100%	
3620	Jugendarbeit	-328.300	-294.000	34.300	😊	fremde Maßnahmen	10	26	Anzahl der durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen	Anzahl	15	15	200%	😊
3631	Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	-646.000	-617.000	29.000	😊	belegte Plätze Jugendwerkstätten	6	6	Maßnahmen des Erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes	Anzahl	10	1	20%	👉
3632	Förderung der Erziehung in der Familie	-2.723.200	-2.554.000	169.200	😊	Fälle Erstberatung bei Trennung/Scheidung	600	772	Anteil der aufgesuchten Familien, die bei Babybegrüßungsbesuchen über Angebote der Frühen Hilfen informiert werden konnten	Prozent	75	82	109%	😊
3633	Hilfe zur Erziehung	-13.775.600	-15.713.000	-1.937.400	👉	Fälle	323	286	Anteil der Hilfen zur Erziehung, die durch Erreichung der Hilfeplanziele wie geplant beendet wurden	Prozent	50	55	110%	😊
3634	Hilfen für junge Voll- jährige/ Inobhutnahme/ Eingliederungshilfe	-8.483.700	-10.443.000	-1.959.300	👉	Fälle	306	263	Anteil der Eingliederungshilfen und Hilfen für junge Volljährige, die durch Erreichung der Hilfeplanziele wie geplant beendet wurden	Prozent	50	59	118%	😊
3635	Adoptionsvermittlung, Beistandschaft, Amts- pflugschaft und Vormund- schaft, Gerichtshilfen	-1.029.400	-817.000	212.400	😊	Berichte Jugendgerichtshilfe	1.600	1.550	Anteil der innerhalb von 2 Arbeitstagen nach Antragstellung angeschriebenen Gegenparteien (Beistandschaft)	Prozent	90	100	111%	😊
3636	Übrige Hilfen	-1.279.000	-988.000	291.000	😊	Stunden Schwangerschafts- beratung	520	460	Anteil der Elterngeldanträge, die innerhalb von 4 Wochen bearbeitet sind	Prozent	100	98	98%	
3651	Tageseinrichtungen für Kinder	-21.776.200	-22.273.000	-496.800	👉	KiGa-Plätze	6.040	6.170	Zahl der zur Verfügung stehenden Kindertagespflegepersonen mit Wohnort im Landkreis Peine	Anzahl	80	81	101%	
3660	Jugendzeitplätze	-34.600	-38.000	-3.400		Teilnehmer	1.200	1.060	Zufriedenheit der befragten Nutzer	Prozent	90	90	100%	
3675	Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	-264.700	-342.000	-77.300	👉	Fälle	240	310	Einhalten der maximalen Wartezeit von 4 Wochen bis zum Erstgespräch (Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche)	Prozent	70	86	123%	😊
Budget "Jugendamt":		-53.913.900	-57.763.000	-3.849.100	👉									



Beschlussvorlage Federführend: Fachdienst Jugendamt	Vorlagennummer:	2024/129
	Status:	öffentlich
	Datum:	04.10.2024

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	22.10.2024	Ö
Kreisausschuss (Vorberatung)	23.10.2024	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	0 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	nein	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Änderung und Neufassung der Satzung des Jugendamtes

Beschlussvorschlag:

Die Änderung und Neufassung der Satzung des Jugendamtes des Landkreis Peine in der beigefügten Fassung wird beschlossen.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Gemäß § 4 Nds. Gesetz zur Ausführung des SGB VIII bestimmt die Satzung, welche Mitglieder dem Jugendhilfeausschuss mit beratender Stimme angehören. Eine Anpassung der Anzahl an beratenden Mitgliedern ist mit den Einschränkungen einer paritätischen Besetzung und dem Nichtüberschreiten der stimmberechtigten Mitglieder möglich. Es wird aus den nachfolgenden Gründen eine Ergänzung des § 2 Ziffer 2 der aktuell gültigen Satzung um die Nummern 11 und 12 vorgenommen.

Nr. 11 eine Vertreterin oder ein Vertreter des Kreiselterrates Kindertagesstätten

Die CDU/FDP-Gruppe im Kreistag Peine hat mit Schreiben vom 04.03.2024 beantragt, für den Kreiselterrat für Kindertagesstätten einen neuen Sitz als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss aufnehmen zu lassen. In mehreren Ausschusssitzungen ist die Thematik und die Wichtigkeit des Blickwinkels insbesondere in der aktuellen Situation

erörtert worden.

Nr. 12 eine Vertreterin oder ein Vertreter der Jugendlichen

Der Schwerpunktbericht des Nds. Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung 2023/2024 hat erneut in den Fokus gestellt, wie wichtig Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen bei der politischen Entscheidungsfindung ist. In zwei Ausschusssitzungen ist die Thematik bereits mit der Kreisjugendpflegerin erörtert worden und hat großen Zuspruch erhalten.

In den verschiedenen Sitzungen ist sich durch den Jugendhilfeausschuss dafür ausgesprochen worden, dass die Satzung des Jugendamtes dahingehend angepasst wird. Weitere Änderungen sind lediglich redaktionell.

Ziele / Wirkungen:

Durch den Beschluss wird die Satzung des Jugendamtes formell geändert und durch die neuen beratenden Mitglieder im Jugendhilfeausschuss weitere Perspektiven bei der politischen Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Ressourceneinsatz:

entfällt

Schlussfolgerung:

entfällt

Anlagen

Neufassung der Satzung des Jugendamtes des Landkreises Peine

Satzung
des Jugendamtes des Landkreises Peine
in der Fassung vom 01.10.2024

Aufgrund § 10 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 10.02.2024 (Nds. GVBl. 2024 Nr. 9) sowie § 71 Abs. 3 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) (Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechtes vom 26.06.1990, BGBl. I S. 1163) und der §§ 4 und 6 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in der Fassung vom 30.03.2022 (Nds. GVBl. S. 204) beschließt der Kreistag für das Jugendamt des Landkreises Peine folgende Satzung:

§ 1

Die Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe werden im Landkreis Peine durch den Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung des Jugendamtes wahrgenommen.

§ 2

Dem Jugendhilfeausschuss gehören an:

1. Als stimmberechtigte Mitglieder:

- 9 Mitglieder des Kreistages
- 3 Vertreterinnen/Vertreter von Trägern der Jugendarbeit im Sinne des § 11 SGB VIII
- 3 Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe (Wohlfahrtsverbände)

2. Als Mitglieder mit beratender Stimme:

- 1. die Landrätin/der Landrat,
- 2. die Fachdienstleiterin/der Fachdienstleiter des Jugendamtes,
- 3. die Kreisjugendhilfeplanerin/der Kreisjugendhilfeplaner,
- 4. die Kreisjugendpflegerin/der Kreisjugendpfleger,
- 5. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Ev. und der Kath. Kirche, die von den zuständigen kirchlichen Behörden vorzuschlagen sind,
- 6. eine Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde benannt wird,
- 7. eine Erzieherin oder ein Erzieher aus einer Kindertagesstätte,
- 8. eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte oder eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau,
- 9. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Interessen ausländischer Kinder und Jugendlicher
- 10. eine Vertreterin oder ein Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft der Träger stationärer, teilstationärer und ambulanter Hilfen zur Erziehung im Landkreis Peine und für Kinder aus dem Landkreis Peine gemäß § 78 SGB VIII
- 11. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Keiselternrates Kindertagesstätten
- 12. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Jugendlichen.

Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter.

Die Hälfte der stimmberechtigten und der stellvertretenden Mitglieder sollen Frauen sein. Stimmberechtigte Mitglieder, die nicht Mitglied des Kreistages sind, müssen ihre Hauptwohnung im Zuständigkeitsbereich des Landkreises Peine und das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Die stimmberechtigten wie auch die beratenden Mitglieder werden vom Kreistag gewählt (§ 47 NLO). Vorschläge der Jugendverbände und Wohlfahrtsverbände sind angemessen zu berücksichtigen. Die Landrätin/der Landrat, die Fachdienstleiterin/der Fachdienstleiter des Jugendamtes, die Kreisjugendhilfeplanerin/der Kreisjugendhilfeplaner, sowie die Kreisjugendpflegerin/der Kreisjugendpfleger gehören dem Jugendhilfeausschuss kraft ihres Amtes an. Die Landrätin/der Landrat kann sich durch die Erste Kreisrätin/den Ersten Kreisrat vertreten lassen.

§ 3

Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit

1. der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe,
2. der Jugendhilfeplanung,
3. der Förderung der freien Jugendhilfe einschließlich ihrer finanziellen Auswirkungen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und der vom Kreistag gefassten Beschlüsse.

Der Jugendhilfeausschuss hat Beschlussrecht im Einzelfall bis zu einem Betrag von 20.000 Euro. Über diesen Betrag hinaus beschließt der Kreisausschuss bzw. der Kreistag nach Anhörung des Jugendhilfeausschusses. Bei Entscheidungen über Beträge im Einzelfall bis zu einem Betrag von 2.500 Euro handelt es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

§ 4

Für die Geschäftsordnung und das Verfahren des Jugendhilfeausschusses sind die für Ausschüsse des Kreistages geltenden Bestimmungen anzuwenden.

§ 5

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Am selben Tag tritt die Satzung für das Jugendamt des Landkreises Peine in der Fassung vom 01.06.2002 und die dazugehörige Änderungssatzung vom 22.10.2023 außer Kraft.

Peine, 23.10.2024

Heiß
(Landrat)



Beschlussvorlage Federführend: Fachdienst Jugendamt	Vorlagennummer:	2024/130
	Status:	öffentlich
	Datum:	04.10.2024

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	22.10.2024	Ö
Kreisausschuss (Vorberatung)	23.10.2024	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	0 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	ja	Migration	ja
Prävention/Nachhaltigkeit	ja	Bildung	ja
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Änderung und Neufassung der Satzung zur Kindertagesbetreuung im Landkreis Peine

Beschlussvorschlag:

Die Änderung und Neufassung der Satzung der Kindertagespflege in der beigefügten Form wird zum 01.01.2025 beschlossen.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Die Förderung von Kindern in Tagespflege ist nach §§ 23 und 24 SGB VIII eine Aufgabe des örtlichen Jugendhilfeträgers. Sie stellt insbesondere im Bereich der Kinder unter drei Jahren und in Randzeiten eine flexible Betreuungsform dar. Die Kindertagespflege stellt Bildung, Betreuung und Erziehung sicher und fördert somit auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr besteht dabei ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Ältere Kinder partizipieren beim Fehlen eines Kindergartenplatzes bzw. ergänzend zum Schulunterricht beim Fehlen adäquater Betreuungsmöglichkeiten im schulischen Bereich von der Kindertagespflege.

Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ist es daher notwendig, im Kreisgebiet auf ausreichend qualifizierte Tagespflegepersonen zurückgreifen zu können.

Durch die fortlaufende Entwicklung von Rechtsprechungen, fachlichen Anforderungen, die

Anpassung der erzieherischen Förderleistung sowie des Sachaufwandes und weiterer Förderungsleistungen ist die Neufassung notwendig gewesen, um eine qualifizierte Kindertagespflege im Landkreis Peine sicherzustellen. Ebenso ist der Kostenbeitrag der Eltern neu zu ermitteln.

Die Satzung hierzu wurde im Jahre 2022 neugefasst und hat sich in der Praxis bewährt, sodass lediglich redaktionelle Änderungen eingefügt wurden, die der besseren Verständlichkeit dienen. Diese Änderungen sind in der Anlage deutlich kenntlich gemacht. Eine weitere wesentliche Änderung ist, dass die beiden Teilsatzungen pädagogischer und verwaltungstechnischer Teil aus Gründen der Übersichtlichkeit in einer Satzung zusammengefasst werden.

Ziele / Wirkungen:

Die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege schafft zukunftsweisende Rahmenbedingungen für Familien und Tagespflegepersonen.

Gender Mainstreaming:

Genderpolitische Aspekte spielen im Betreuungskontext eine maßgebliche Rolle. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt einen besonderen Förderungsbedarf dar. Die Kindertagespflege unterstützt Eltern und fördert Kinder gleichermaßen und berücksichtigt alle Formen der Geschlechter.

Migration:

Migrantinnen und Migranten stellen eine wichtige Zielgruppe dar. Kinder können in Kleingruppen mit anderen Kindern individuell gefördert werden.

Bildung:

Der Bereich Kindertagespflege ist u.a. durch die Vermittlung von kognitiven Fähigkeiten ein wichtiger Bestandteil der Bildungskette.

Prävention/Nachhaltigkeit:

Die Satzung unterstützt die Sicherung einer kontinuierlichen qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung und erfüllt daher das entsprechende Merkmal.

Ressourceneinsatz:

entfällt

Schlussfolgerung:

entfällt

Anlagen

Neufassung der Satzung über die Kindertagespflege im Landkreis Peine vom 01.01.2025



Satzung über die Kindertagespflege im Landkreis Peine vom 01.01.2025

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit §§ 23, 24 und 43 und 90 Sozialgesetzbuch VIII – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII) in den jeweils gültigen Fassungen hat der Kreistag des Landkreises Peine in seiner Sitzung am **23.10.2024** folgende Satzung über die Kindertagespflege im Landkreis Peine beschlossen:

I. Präambel

Ein zentrales Anliegen des Landkreises Peine ist die Förderung der Bildung und Erziehung von Kindern sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Schwerpunkt ist dabei der Ausbau der Kindertagesbetreuung im Landkreis Peine. Neben der Betreuung in Kindertageseinrichtungen liegt der Fokus auf der Förderung der Kindertagespflege, die zu einer qualifizierten Alternative zu bestehenden Einrichtungen (Kitas/Krippen) ausgebaut und weiterentwickelt werden soll. Das dem Satzungszweck entsprechende Angebot richtet sich vorrangig an Kinder unter drei Jahren.

Es sollen so auf Dauer verlässliche und möglichst passgenaue Angebotsstrukturen entstehen, die sowohl die Qualität (früh-)kindlicher Bildung und Betreuung als auch eine Verbesserung der Familienfreundlichkeit gewährleisten.

Diese Satzung regelt im Einzelnen die Rahmenbedingungen für die Förderung von Kindern in Kindertagespflege und die Erhebung von Kostenbeiträgen auf dem Gebiet des Landkreises Peine als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe.

Sie trifft Regelungen auf dem Gebiet des öffentlichen Kinder- und Jugendhilferechts. Vorrangig zu beachten sind daher das Sozialgesetzbuch (SGB) - Aachtes Buch (VIII) des Bundes sowie das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Aachten Buches des Sozialgesetzbuches (Nds. AG SGB VIII) bzw. das Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG) in der jeweils geltenden Fassung sowie die sie ergänzenden oder an ihre Stelle tretenden Bestimmungen.

Teil I - Pädagogischer Teil

§ 1 Allgemeine Bestimmungen

- 1) Der gesetzliche Rahmen der Kindertagespflege ergibt sich aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) – Aachtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) und dem Niedersächsischen Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKiTaG).
- 2) Die Kindertagespflege erfüllt gemäß § 22 Abs. 2 SGB VIII denselben Auftrag wie Kindertageseinrichtungen. Sie soll die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit fördern, die Erziehung und Bildung in der Familie

unterstützen und ergänzen sowie den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können.

- 3) Kindertagespflege ist eine vereinbarte Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsleistung, die für ein Kind oder mehrere Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres von einer geeigneten Kindertagespflegeperson in ihrem Haushalt, im Haushalt der/des Personensorgeberechtigten oder in anderen geeigneten Räumen erbracht wird (vgl. § 22 Abs. 1 SGB VIII / § 1 Abs. 3 NKiTaG).
- 4) Diese Satzung regelt im Einzelnen die Anforderungen an eine Kindertagespflegeperson und die Voraussetzung für die Förderung der Kindertagespflege im Landkreis Peine als örtlichen Träger der Jugendhilfe, vertreten durch den Fachdienst Jugendamt, Team Kindertagespflege.

§ 2 Erlaubnis zur Kindertagespflege

- 1) Eine Person, die ein Kind oder mehrere Kinder außerhalb des Haushalts der Erziehungsberechtigten während eines Teils des Tages und mehr als 15 Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate betreuen will, bedarf der Erlaubnis (§ 43 Abs. 1 SGB VIII).
- 2) Eine Person, die Kinder in den Wohnräumen der Erziehungsberechtigten betreut (Kinderbetreuer/in), benötigt demnach keine Pflegeerlaubnis, sondern erhält bei Vorliegen der Voraussetzungen eine entsprechende Eignungsfeststellung.
- 3) Die Pflegeerlaubnis gemäß § 43 SGB VIII wird auf Antrag erteilt, sofern die Antragstellerin oder der Antragsteller geeignet ist und alle sonstigen Voraussetzungen vorliegen.
- 4) Die Erlaubnis zur Kindertagespflege befugt zur Betreuung von maximal fünf gleichzeitig anwesenden Tagespflegekindern. Sind unter den bis zu fünf gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern, zu deren Betreuung die Erlaubnis gemäß § 43 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII befugt, mehr als drei Kinder, die das zweite Lebensjahr noch nicht vollendet haben, so darf die Kindertagespflegeperson Betreuungsverhältnisse für insgesamt höchstens acht Kinder vereinbaren (§ 18 Abs. 5 NKiTaG).
- 5) Eine Tätigkeit als Pflegemutter/ -vater schließt die gleichzeitige Tätigkeit als Kindertagespflegeperson aus.

§ 3 Persönliche Eignung und kindgerechte Räume

- 1) Kindertagespflegepersonen sollen gemäß § 43 SGB VIII über vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Kindertagespflege verfügen, die sie in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise gemäß § 4 dieser Satzung nachgewiesen haben.
- 2) Geeignet im Sinne des § 43 SGB VIII ist, wer sich
 - durch Persönlichkeit,

- Sachkompetenz,
 - Kooperationsbereitschaft mit den Erziehungsberechtigten und anderen Kindertagespflegepersonen ausgezeichnet und
 - über kindgerechte Räumlichkeiten verfügt.
- 3) Die Kindertagespflegeperson hat die für die Eignungsfeststellung erforderlichen Nachweise, insbesondere den Nachweis über den Qualifizierungslehrgang oder eine andere Qualifizierung im Sinne von § 4 dieser Satzung, dem Team Kindertagespflege vor Beginn der Tätigkeit vorzulegen. Eine Auflistung aller erforderlichen Nachweise ist im Anforderungsprofil des Landkreises Peine zur Überprüfung der Geeignetheit einer Kindertagespflegeperson im Sinne der §§ 23, 43 SGB VIII nachzulesen.
- 4) Der Antrag auf Erteilung einer Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII ist abzulehnen, wenn
- oben angeführte Nachweise nicht oder nicht vollständig erbracht werden,
 - das vorgelegte erweiterte Führungszeugnis Einträge entsprechend den im § 72 a SGB VIII aufgeführten Straftatbestände aufweist,
 - die eigenen Kinder der Kindertagespflegeperson stationäre Hilfen zur Erziehung erhalten oder
 - sich im Verlauf der Antragstellung gewichtige Anhaltspunkte nicht ausräumen lassen, die die Eignung der Kindertagespflegeperson in Frage stellen.
- 5) Die Pflegeerlaubnis ist zu entziehen, sofern wesentliche Änderungen oder Ereignisse eingetreten sind, die nach Absatz 4 dieser Satzung zu einer Versagung der Pflegeerlaubnis führen würden.
- 6) Die Pflegeerlaubnis kann insbesondere entzogen werden, sofern
- mit der Pflegeerlaubnis verbundene Auflagen nicht erfüllt werden,
 - gravierende Änderungen der Rahmenbedingungen, die der Erlaubniserteilung zugrunde liegen, vorliegen oder
 - eine schwerwiegende Pflichtverletzung der Kindertagespflegeperson festgestellt wird.
- 7) Die Feststellung der Eignung der Kindertagespflegeperson obliegt dem Jugendamt des Landkreises Peine, Team Kindertagespflege. Um die formalen, persönlichen und räumlichen Eignungsvoraussetzungen festzustellen, wird das in Absatz 3 dieser Satzung benannte Anforderungsprofil zugrunde gelegt.

§ 4 Qualifizierung

- 1) Als Grundqualifikation wird das Curriculum nach dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) mit einem Stundenumfang von derzeit 160 Unterrichtseinheiten, oder die Qualifikation nach dem kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuch (QHB) von derzeit 300 Unterrichtseinheiten, anerkannt.

- 2) Das Jugendamt des Landkreises Peine, Team Kindertagespflege, fördert Kindertagespflegepersonen nur, wenn diese mindestens die Ausbildungsstufe von 160 Unterrichtseinheiten nach dem DJI-Curriculum absolviert haben oder eine pädagogische Ausbildung im Sinne des § 9 Abs. 2 bzw. § 3 NKiTaG nachweisen können.
- 3) Die entstehenden Kosten für einen in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Peine organisierten Qualifikationskurs werden grundsätzlich übernommen. Jede/r Teilnehmer/in zahlt einen Eigenanteil, dessen Höhe vor Kursbeginn festgesetzt wird. Über Zugangsvoraussetzungen und Leistungsanforderungen für die Prüfung informiert das Team Kindertagespflege/Kinderbetreuung und/oder die Kreisvolkshochschule Peine.
- 4) Eine regelmäßige Teilnahme an fachspezifischen Fortbildungen wird von den qualifizierten Kindertagespflegepersonen erwartet. Empfohlen sind mindestens 12 bis 20 Fortbildungsstunden pro Jahr, die entsprechend gegenüber dem Team Kindertagespflege nachzuweisen sind.
- 5) Aktive Kindertagespflegepersonen sind dazu verpflichtet, alle zwei Jahre einen Erste-Hilfe-Kurs am Kind im Umfang von 9 Unterrichtseinheiten aufzufrischen.

§ 5 Großtagespflegestellen

- 1) Gemäß § 1 Abs. 3 NKiTaG kann Kindertagespflege nicht nur im Haushalt der Kindertagespflegeperson oder der/des Personensorgeberechtigten stattfinden, sondern auch in anderen geeigneten Räumen. Hierfür können sich zwei oder maximal drei Kindertagespflegepersonen zu einer Großtagespflege zusammenschließen (vgl. § 19 Abs. 1 S. 1 NKiTaG).
- 2) Es dürfen maximal acht Kinder gleichzeitig betreut werden bzw. maximal 10 Kinder, wenn eine der Kindertagespflegepersonen eine pädagogische Fachkraft im Sinne des § 9 Abs. 2 NKiTaG ist.
- 3) Sind unter den gleichzeitig anwesenden, fremden Kindern mehr als drei Kinder, die das zweite Lebensjahr noch nicht vollendet haben, so dürfen höchstens acht gleichzeitig anwesende, fremde Kinder betreut werden (§ 19 Abs. 1 S. 2 NKiTaG).
- 4) Anders als in einer Kindertagesstätte hat ein Kind auch in einer Großtagespflegestelle seine Kindertagespflegeperson als feste Bezugsperson (§ 19 Abs. 2 NKiTaG) und die Erziehungsberechtigten schließen mit dieser einen individuellen Betreuungsvertrag ab. Man spricht daher auch von einer personenbezogenen Betreuung. Eine gegenseitige kurzzeitige Vertretung der Kindertagespflegepersonen aus einem gewichtigen Grund steht dem nicht entgegen (§ 22 Abs. 1 S. 4 SGB VIII).
- 5) Für den Betrieb einer Großtagespflegestelle gelten die „Allgemeinen Rahmenbedingungen“ für Großtagespflegestellen im Landkreis Peine in der jeweils gültigen Fassung.

§ 6 Kindertagespflege für Kinder mit besonderen Bedürfnissen

- 1) Kindertagespflege für Kinder mit besonderen Bedürfnissen ist eine spezielle Form der Betreuung, Bildung und Erziehung. Sie liegt dann vor, wenn die zuständigen Fachstellen einen erhöhten Förderbedarf festgestellt haben.
- 2) Die Durchführung von Kindertagespflege für Kinder mit besonderen Bedürfnissen ist nur speziell qualifizierten Kindertagespflegepersonen zu übertragen, die die entsprechenden Qualifikationen durch Fortbildungen nachweisen können.
- 3) Kinder mit besonderem Förderbedarf belegen zwei Betreuungsplätze in der Kindertagespflegestelle. Eine gleichzeitige Betreuung von mehreren Kindern mit besonderen Bedürfnissen ist grundsätzlich ausgeschlossen.
- 4) Für die Kindertagespflege für Kinder mit besonderen Bedürfnissen gelten die „Kriterien zur Voraussetzung von inklusiver Kindertagespflege“ in der jeweils gültigen Fassung.

§ 7 Vertretung in der Kindertagespflege

- 1) Die Sicherstellung von Vertretung ist eines der Qualitätskriterien in der Kindertagespflege. Voraussetzung einer qualitativ hochwertigen Vertretung ist ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen der Kindertagespflegeperson, der Vertretungsperson und den Tageskindern.
- 2) Damit ein Vertrauensverhältnis zwischen allen Beteiligten aufgebaut werden kann, ist eine regelmäßig stattfindende Begegnung zwischen den Beteiligten sehr wichtig. Vorgesehen ist daher eine regelmäßige, wöchentliche Anwesenheitszeit der Vertretungsperson von sechs Stunden in den Betreuungsräumen der Kindertagespflegeperson, um einen Beziehungsaufbau zu gewährleisten. In diesen Räumlichkeiten findet auch die Betreuung im Vertretungsfall statt. Die Anwesenheitszeit ist auf maximal zwei Tage pro Woche zu verteilen.
- 3) Voraussetzung für eine Vertretungstätigkeit ist eine gültige Erlaubnis zur Kindertagespflege gemäß § 43 SGB VIII.

§ 8 Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

- 1) Kindertagespflegepersonen haben schriftlich zu erklären, dass sie den Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII wahrnehmen. Sie haben bei der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung einen Anspruch auf fachliche Beratung.
- 2) Bevor eine Erlaubnis zur Kindertagespflege erteilt wird, haben die Kindertagespflegepersonen ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen (§ 43 Abs. 2 i.V.m. § 72a SGB VIII).

§ 9 Förderung der Kindertagespflege

- 1) Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe fördert die Kindertagespflege nur, wenn die Kindertagespflegeperson nach den Bestimmungen der §§ 23, 43 SGB VIII und der vorliegenden Satzung geeignet ist. Insbesondere muss die Kindertagespflegeperson über eine gültige Erlaubnis zur Kindertagespflege verfügen, sofern nicht gemäß § 43 SGB VIII keine Erlaubnis notwendig ist. Im Falle von § 2 Abs. 2 dieser Satzung erfolgt eine Förderung nur, wenn eine aktuelle Eignungsfeststellung vorliegt.
- 2) Kindertagespflegepersonen sind verpflichtet, die Kinder selbstzahlender Elternteile und zu betreuende ortsfremde Kinder mitzuteilen. Dabei sind folgende Informationen anzugeben:
 - Vollständiger Name, Geburtsdatum, Wohnort
 - Betreuungszeitraum
 - Anzahl der Wochenstunden
 - Betreuungszeiten

§ 10 Vermittlung und Beratung

- 1) Die Vermittlung einer Kindertagespflegeperson im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten sowie die Vorhaltung von Kindertagespflegestellen gehören zu den Leistungen der Jugendhilfe gemäß §§ 23 und 24 SGB VIII. Die Personensorgeberechtigten werden bei der Vermittlung eines Förderangebotes in Tagespflege umfänglich informiert und beraten.
- 2) Die Vermittlung erfolgt durch das Team Kindertagespflege. Es werden nur Kindertagespflegepersonen vermittelt, deren Eignung zuvor durch dieses festgestellt worden ist.
- 3) Bei der Vermittlung sind die pädagogischen Grundverständnisse von Personensorgeberechtigten und Kindertagespflegepersonen aufeinander abzustimmen.
- 4) Die Gesamtverantwortung für das Gelingen eines Kindertagespflegeverhältnisses obliegt insofern den Personensorgeberechtigten und der Kindertagespflegeperson. Die Personensorgeberechtigten urteilen selbst darüber, welche Kindertagespflegeperson sie für die Betreuung ihres Kindes als angemessen betrachten.
- 5) Für die Betreuung des Kindes wird ein privatrechtlicher Vertrag zwischen der Kindertagespflegeperson und den Personensorgeberechtigten geschlossen.

Teil II - Verwaltungsrechtlicher Teil

§ 11 Anspruchsvoraussetzungen

- 1) Grundvoraussetzung für die Förderung der Kindertagespflege nach dieser Satzung ist die Zuständigkeit des Landkreises Peine gemäß § 86 SGB VIII. Diese liegt insbesondere dann vor, wenn die Erziehungsberechtigten oder der personensorgeberechtigte Elternteil, ihren/seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Landkreis Peine haben/hat. Kindertagespflege ist ein Angebot ausschließlich für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr. Das dem

Satzungszweck entsprechende Angebot richtet sich vorrangig an Kinder unter drei Jahren.

- 2) Kinder, die das 1. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind in Kindertagespflege zu fördern, wenn
 - diese Leistung für ihre Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder
 - die Erziehungsberechtigten einer Erwerbstätigkeit nachgehen, aufnehmen oder arbeitssuchend sind
 - sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, Schul- oder Hochschulausbildung befinden
 - Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten.
- 3) Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres einen Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege (vgl. § 24 Abs. 2 SGB VIII).
- 4) Kinder, die das 3. Lebensjahr vollendet haben, haben bis zum Schuleintritt gemäß § 24 Abs. 3 SGB VIII einen Anspruch auf Betreuung in einer Kindertageseinrichtung (Kita). Diese Betreuungsform ist vorrangig vor der Betreuung in Kindertagespflege in Anspruch zu nehmen. Für sie kommt eine Betreuung in Kindertagespflege nur dann in Betracht, wenn die Betreuung in einer Kita nicht möglich oder nicht ausreichend ist (ersetzende/ergänzende Kindertagespflege).

Sollte ab dem 1. Tag des Monats, in dem das Kind das 3. Lebensjahr vollendet, kein Platz in der von den Personensorgeberechtigten gewünschten Kindertageseinrichtung verfügbar sein, ist die Betreuung in Kindertagespflege in der Regel bis zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres möglich.

Die Wahlmöglichkeit der Personensorgeberechtigten hinsichtlich der bevorzugten Kindertageseinrichtung entfällt ab Beginn des nächsten Kindergartenjahres. Maßgeblich ist hier die grundsätzliche Verfügbarkeit eines Platzes in der Wohnsitzgemeinde.

§ 12 Betreuungsumfang - und bewilligung

- 1) Der individuelle Bedarf an Betreuung ist bei Kindern, die das erste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ab der ersten Stunde nachzuweisen.
- 2) Bei Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr umfasst der bedarfsunabhängige Grundanspruch eine wöchentliche Betreuungszeit bis zu 30 Stunden.
- 3) Der darüber hinausgehende Umfang der wöchentlichen Betreuungszeit richtet sich nach dem individuellen und notwendigen Bedarf, der nachzuweisen ist. Unter bestimmten Voraussetzungen kann eine darüberhinausgehende Betreuung auch dann bezuschussungsfähig sein, wenn diese für die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit notwendig ist.
- 4) Ein Anspruch auf Förderung der Betreuungsstunden in Kindertagespflege ist grundsätzlich erst ab einer regelmäßigen Mindestbetreuung von wöchentlich 9 Stunden möglich. Die

Förderung von Randbetreuungszeiten kann in einem geringeren Stundenumfang erfolgen, wenn die Betreuung diese ergänzend zur Kindertagesstätte oder Schule (vorrangig ist die Hortbetreuung in Anspruch zu nehmen) regelmäßig wiederkehrend notwendig ist. Ferienbetreuungen sind davon nicht betroffen.

- 5) Der Betreuungsumfang darf 10 Stunden täglich nicht überschreiten. Wird ein höherer Umfang beantragt, ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Förderung möglich ist. Bei verschiedenen Betreuungsangeboten (z.B. Kitabetreuung mit anschließender Kindertagespflege) werden die Stunden aller Angebote zur Ermittlung des wöchentlichen Umfangs addiert.
- 6) Wird für die Anbahnung einer individuellen und notwendigen Betreuung eine Eingewöhnung vereinbart, kann diese auf Antrag mit der Hälfte der regulären Monatspauschale für die anerkannte, auf die Eingewöhnung folgende Betreuungszeit gewährt werden.
- 7) Die Bewilligung erfolgt nach der Antragstellung längstens für 12 Monate. In begründeten Fällen kann es zu einem kürzeren Bewilligungszeitraum kommen.

§ 13 Besondere Betreuungsbedarfe

- 1) Erhöht sich die bewilligte wöchentliche Betreuungszeit eines Kindes für die Dauer der Schulferien oder der Schließzeiten einer Kindertageseinrichtung, so bleibt die ursprüngliche Pauschalzahlung (siehe § 5 Abs. 6 dieser Satzung) weiterhin bestehen. Der so entstandene erhöhte Betreuungsbedarf ist separat über einen monatlichen Stundennachweis zu erfassen und wird zusätzlich bezuschusst. Wird ein Kind hingegen ausschließlich in den Ferien-/Schließzeiten betreut, erfolgt die Abrechnung nur stundengenau nach Vorlage der jeweiligen Stundenzettel.
- 2) Sofern die Betreuung eines Tagespflegekindes über Nacht erforderlich ist, werden für die Zeit von 21:00 Uhr bis 06:00 Uhr pauschal 3 Betreuungsstunden bezuschusst. Eine Übernachtung im Rahmen der Kindertagespflege stellt eine Ausnahme dar und wird nur in begründeten Einzelfällen gewährt.
- 3) Sonstige Betreuungszeiten, die über den nachgewiesenen, individuell notwendigen Bedarf hinausgehen, sind privat mit der Kindertagespflegeperson abzurechnen.

§ 14 Laufende und einmalige Geldleistungen

- 1) Die laufende Geldleistung wird ausschließlich an eine qualifizierte und im Besitz einer gültigen Pflegeerlaubnis befindlichen Kindertagespflegeperson pro geleisteter und vom Landkreis Peine anerkannter Betreuungsstunde gezahlt. Sie umfasst:
 - 2,10 € für den Sachaufwand (§ 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) sowie
 - 3,40 € für die Anerkennung der erzieherischen Förderleistung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII) oder
 - 3,90 € für die Anerkennung der erzieherischen Förderleistung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII)

VIII), wenn die Kindertagespflegeperson eine pädagogische Fachkraft i.S.d. § 9 Abs. 2 NKiTaG ist oder eine Aufbauqualifizierung von mindestens 560 Stunden nachweisen kann.

Die Vor und Nachbereitungszeit ist mit der Förderleistung abgegolten.

- 2) Zur Geldleistung gemäß § 23 SGB VIII gehört zudem die Erstattung für die
 - Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung
 - Hälfte der Aufwendungen zur Alterssicherung
 - Hälfte der Aufwendungen zur Kranken- und Pflegeversicherung, soweit die nachgewiesenen Aufwendungen angemessen sind.
- 3) Die Versicherungsleistungen werden nur gezahlt, solange mindestens ein Kind betreut wird, für das der Landkreis Peine die Kosten der Kindertagespflege bezuschusst. Beitragsänderungen sind umgehend mitzuteilen.
- 4) Bei der Betreuung von Kindern mit einem besonderen Förderbedarf erhält die Kindertagespflegeperson den einfachen Satz für den Sachaufwand sowie den dreifachen Satz für die Anerkennung der erzieherischen Förderleistung gemäß § 14 Abs. 1 dieser Satzung. Die Kriterien für die Voraussetzung von inklusiver Kindertagespflege im Landkreis Peine in der jeweils aktuellen Fassung (pädagogischer Teil) gelten entsprechend.
- 5) Die laufende Geldleistung erfolgt grundsätzlich als monatliche Pauschalzahlung. Die Pauschale ergibt sich aus der wöchentlichen **anerkannten** Betreuungszeit, dem Stundensatz nach Abs. 1 sowie dem Faktor 4,33 (Jahreswochenzahl dividiert durch 12 Monate). Die Zahlung der Pauschale an die Kindertagespflegeperson erfolgt zum ersten Tag des Folgemonats. Fallen der Beginn, das Ende oder sonstige Änderungen in den laufenden Monat, so wird die Leistung tagegenau abgerechnet ($x/30$).
- 6) Unregelmäßige Betreuungszeiten, Ferienbetreuungen sowie Vertretungen werden nach Vorlage eines Stundennachweises stundengenau abgerechnet. In begründeten Einzelfällen kann eine stundengenaue Abrechnung angefordert werden.
- 7) Eine kurzzeitige Erhöhung der Betreuungszeit von bis zu 5 Stunden wöchentlich ist mit der Pauschale abgegolten. Sollten sich die Betreuungszeiten langfristig verändern, so ist eine geänderte Vereinbarung zur Kindertagespflege einzureichen.
- 8) Bei Ausfallzeiten der Kindertagespflegeperson (Krankheit, Urlaub) wird die laufende Geldleistung bis zu 30 Tage im Kalenderjahr fortgezahlt. Darin enthalten sind zudem die Studientage der Kindertagespflegeperson. Als Berechnungsgrundlage gilt eine 5-Tage-Arbeitswoche. **Bei einer Betreuung an weniger als fünf Tagen in der Woche werden die Ausfallzeiten entsprechend anteilig berechnet.**

Bei Ausfallzeiten des Tagespflegekindes (Krankheit, Urlaub) wird die laufende Geldleistung bis zu 30 Tagen im Kalenderjahr fortgezahlt. **Für Ausfallzeiten, die die jeweils 30 Ausfalltage der Kindertagespflegeperson oder des Tagespflegekindes überschreiten, erfolgt keine Zahlung der Geldleistung.** Die Personensorgeberechtigten und die Kindertagespflegeperson sind verpflichtet, Ausfallzeiten anzuzeigen.

- 9) Fortbildungskosten werden bei Vorlage entsprechender Nachweise in Höhe von bis zu 200,00 € pro Kalenderjahr erstattet. Zusätzlich werden durch das Sachgebiet Kindertagespflege in der Regel jährlich kostenlose Fortbildungen angeboten.

§ 15 Vertretungsregelung

- 1) **Die Vertretungsperson erhält für die regelmäßige wöchentliche Anwesenheitszeit gemäß § 7 Abs. 2 dieser Satzung eine feste Monatspauschale durch den Landkreis Peine. Diese ergibt sich aus dem aktuellen Mindestlohn, einer regelmäßigen wöchentlichen Anwesenheitszeit von sechs Stunden sowie dem Faktor 4,33 (Jahreswochenzahl dividiert durch 12 Monate).**
- 2) **Neben der Monatspauschale aus Abs. 1 erhält die Kindertagespflegeperson für die tatsächlich geleisteten Vertretungsstunden eine Geldleistung gemäß § 14 Abs. 1 dieser Satzung.** Diese Stunden sind dem Landkreis Peine durch einen von der Vertretungsperson und den/des/der Personensorgeberechtigten unterschriebenen Stundenzettel nachzuweisen.
- 3) Die Monatspauschale wird unabhängig von der Zahl der geleisteten Vertretungsstunden weiterbezahlt. Voraussetzung ist jedoch, dass mindestens eine sechsstündige Anwesenheit pro Woche erreicht wird. D.h., bei bspw. zwei geleisteten Vertretungsstunden in der Woche sind weitere vier Stunden Anwesenheit in dieser Woche zu leisten.
- 4) Die Vertretungsperson vertritt die Kindertagespflegeperson im Rahmen der satzungsgemäßen Ausfallzeiten. Sollte eine Kindertagespflegeperson darüber hinaus ausfallen, kann die Vertretung auch weiterhin einspringen und die Zeiten über einen Stundenzettel abrechnen lassen. Der Zuschuss der Kindertagespflegeperson, die über die Ausfalltage ausfällt, wird jedoch entsprechend gekürzt. Eltern, die die Vertretung in Anspruch nehmen, zahlen ihren Kostenbeitrag weiter.
- 5) Die Vertretungskraft hat die Möglichkeit, in bis zu zwei Kindertagespflegestellen (unabhängig ob Großtagespflegestelle oder Einzel-Kindertagespflegestelle) zu arbeiten und erhält dann entsprechend die doppelte Monatspauschale.

§ 16 Erhebung von Kostenbeiträgen

- 1) Zur Deckung der Kosten für die Inanspruchnahme von Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege wird ein Kostenbeitrag von den Eltern/dem Elternteil erhoben, mit denen/dem das Kind zusammenlebt. Für die Erhebung eines

Kostenbeitrags ist § 90 SGB VIII heranzuziehen.

- 2) Steht ein Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung ab Vollendung des dritten Lebensjahres nicht zur Verfügung und wird das Kind stattdessen in Kindertagespflege betreut, wird ab dem ersten Tag des Monats, in dem ein Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat, bis zur Einschulung für eine Betreuung von bis zu acht Stunden pro Tag kein Kostenbeitrag erhoben. Für eine Betreuung über acht Stunden pro Tag hinaus, wird entsprechend der Abs. 1, 3 und 4 ein Kostenbeitrag von den/m Eltern/teilen, mit denen/dem das Kind zusammenlebt, erhoben.
- 3) Die Höhe des monatlichen Kostenbeitrages richtet sich nach dem Einkommen der Elternteile und der anerkannten Betreuungszeit. Der zu entrichtende Kostenbeitrag pro Stunde ist der Beitragsstaffelung in der Anlage I zu dieser Satzung zu entnehmen.
- 4) Befinden sich mindestens zwei Kinder unter drei Jahren derselben Antragsteller gleichzeitig in Kindertagespflege, so ermäßigt sich der Kostenbeitrag für das zweite Kind und jedes weitere Kind um 50 % (Geschwisterermäßigung).

§ 17 Zahlung des Kostenbeitrages

- 1) Die Höhe des Kostenbeitrages wird durch den Kostenbeitragsbescheid festgesetzt und in der Regel als voller Monatsbeitrag erhoben. Der Kostenbeitrag ergibt sich aus der wöchentlichen Betreuungszeit, der maßgeblichen Einkommensstufe, sowie dem Faktor 4,33 (Jahreswochenzahl dividiert durch 12 Monate). Beginnt oder endet die Betreuung in einem laufenden Monat, so wird der Kostenbeitrag tagesgenau festgesetzt (/30).
- 2) Die Verpflichtung zur Zahlung eines Kostenbeitrags endet, sobald tatsächlich keine Betreuung des Tagespflegekindes mehr stattfindet. Für Ausfallzeiten gemäß § 14 dieser Satzung ist jedoch weiterhin ein Kostenbeitrag zu leisten.
- 3) Sind die kostenbeitragspflichtigen Elternteile des Tagespflegekindes nach Erteilung des Bescheides mit drei Monatsbeiträgen im Zahlungsrückstand, ohne dass ein Ratenzahlungsantrag vorliegt, kann die Förderung der Kindertagespflege zum Ende des laufenden Monats eingestellt werden.
- 4) Beitragsschuldner sind die Eltern. Lebt das Kind nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieses an die Stelle des Elternteils. Mehrere Elternteile haften als Gesamtschuldner.

§ 18 Mitwirkungspflicht

Die Kindertagespflegepersonen sowie die Personensorgeberechtigten des betreuten Kindes sind verpflichtet, unverzüglich jede Änderung im Betreuungsverhältnis der abrechnenden Stelle beim Landkreis Peine mitzuteilen. Weiterhin sind die kostenbeitragspflichtigen Elternteile verpflichtet, wesentliche Veränderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen unverzüglich mitzuteilen.

§ 19 Inkrafttreten / Aufhebung

- 1) Diese Satzung tritt am 01.01.2025 in Kraft.
- 2) Sie ersetzt die „Satzung über die Förderung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege im Landkreis Peine“ vom 14.12.2022 sowie die „Satzung des Landkreises Peine zur Förderung der Kindertagespflege“ vom 14.12.2022.

Ausgefertigt

Peine, 23.10.2024

Heiß
Landrat



Anlage I

zur Satzung über die Förderung und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Kindertagespflege im Landkreis Peine ab **01.01.2025**

A. Grundlagen für die Bemessung des Kostenbeitrages zur Kindertagespflege

Für die Inanspruchnahme einer Betreuung in Kindertagespflege wird ein monatlicher Kostenbeitrag erhoben.

Dieser richtet sich nach dem Einkommen der Elternteile, welche mit dem betreuten Kind zusammenleben, und wird nach einer Kostenbeitragsstaffel festgesetzt.

Die Elternteile, welche mit dem betreuten Kind zusammenleben, haben ihr Einkommen in der „Erklärung der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Ermittlung des Kostenbeitrages“ zu erklären und mit entsprechenden Unterlagen nachzuweisen.

Ohne Angaben zum Einkommen oder ohne Vorlage der geforderten Unterlagen ist der Höchstbeitrag der Kostenbeitragsstaffel zu zahlen.

Veränderungen des Einkommens sind unverzüglich mitzuteilen.

B. Einkommensermittlung

Der Kostenbeitrag richtet sich nach dem Einkommen der mit dem Kind zusammenlebenden Elternteile.

Einkommen im Sinne dieser Satzung ist die Summe der positiven Einkünfte der Beitragspflichtigen im Sinne des § 2 Abs.1 und 2 des Einkommensteuergesetzes in der jeweils geltenden Fassung und vergleichbaren Einkünften, die im Ausland erzielt werden (Bruttoeinkommen). Das Kindergeld zählt nicht zum Einkommen

Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten der zusammenveranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.

Das Kindergeld zählt nicht zum Einkommen.

Das ermittelte Einkommen wird um

- die Werbungskostenpauschale gemäß § 9a Absatz 1 a des Einkommenssteuergesetzes je ArbeitnehmerIn sowie
- den Kinderfreibetrag gemäß § 32 Absatz 6 des Einkommenssteuergesetzes

bereinigt.

C. Kostenbeitragsstaffel

Stufe	Jahreseinkommen	Kostenbeitrag/Std.
1	bis 25.000,00 €	1,30 €
2	25.000,01 € - 40.000,00 €	1,51 €
3	40.000,01 € - 55.000,00 €	1,72 €
4	55.000,01 € - 70.000,00 €	1,93 €
5	ab 70.000,00 €	2,14 €



Beschlussvorlage Federführend: Fachdienst Jugendamt	Vorlagennummer:	2024/131
	Status:	öffentlich
	Datum:	04.10.2024

Beratungsfolge (Zuständigkeit)	Sitzungstermin	Status
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	22.10.2024	Ö
Kreisausschuss (Vorberatung)	23.10.2024	N
Kreistag des Landkreises Peine (Entscheidung)	23.10.2024	Ö

Im Budget enthalten:	ja	Kosten (Betrag in €):	20.000,00 €
Mitwirkung Landrat:	ja	Qualifizierte Mehrheit:	nein
Relevanz			
Gender Mainstreaming	ja	Migration	nein
Prävention/Nachhaltigkeit	nein	Bildung	nein
Klima-/Umwelt-/Naturschutz	nein		

Reduzierung der Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine tritt zum 01.01.2025 in Kraft und ersetzt die gleichlautende bisherige Richtlinie vom 01.09.2023.

Sachdarstellung

Inhaltsbeschreibung:

Mit Beschluss vom 20.10.2023 ,Vorlage 2023/172-01, hat der Kreistag das Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Peine für das Haushaltsjahr 2024 beschlossen. Bestandteil dieses Konzeptes, laufende Nr. 104, ist die Reduzierung der Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine von 40.000,00 € auf 20.000,00 € jährlich.

Die neue Richtlinie unterscheidet sich von der bisherigen ausschließlich dahingehend, dass das Gesamtbudget auf max. 20.000,00 €, vorbehaltlich des jeweiligen Haushaltsplanes, reduziert wird.

Die neue Richtlinie ist beigefügt und die einzigen Änderungen sind rot hinterlegt.

Mit dem Beschluss der neuen Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine tritt die Richtlinie vom 01.09.2023 außer Kraft.

Gender Mainstreaming:

Durch die Förderrichtlinie sind alle Geschlechtergruppen gleichermaßen begünstigt.

Ziele / Wirkungen:

Durch den Beschluss werden die bereits beschlossenen Maßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2024 umgesetzt und ab dem 01.01.2025 Einsparungen in Höhe von jährlich 20.000,00 € vorgenommen.

Ressourceneinsatz:

entfällt

Schlussfolgerung:

entfällt

Anlagen

Neue Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine

1. Förderziel, Zuwendungszweck

Der Landkreis Peine gewährt Zuwendungen nach Maßgabe dieser Richtlinie für die Qualitätssicherung/-entwicklung in der verbandlichen und kommunalen Kinder- und Jugendarbeit gemäß §§ 11 und 79a SGB VIII sowie der Gestaltung einer jugendfreundlichen Kommune. Dafür wird in den Jahren 2025 bis 2027 - vorbehaltlich des jeweiligen Haushaltsplans - jährlich ein Gesamtbudget von 20.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Diese Bereitstellung finanzieller Ressourcen soll ermöglichen, den aktuellen Bedarfen junger Menschen gerecht zu werden und Angebotslücken zu füllen, für die die bereits bestehenden Förderrichtlinien keinen Raum bieten. Am Ende der Förderperiode wird der Mittelabruf evaluiert.

2. Gegenstand der Förderung

Gefördert werden:

- Die Durchführung von Jugendforen / -konferenzen vor Ort in den Gemeinden / der Stadt Peine in Kooperation mit dem Landkreis Peine
- Schaffung von Jugendplätzen in einer Gemeinde / der Stadt Peine (mit Überprüfung des Bedarfes nach einem Sportangebot)
 - o Planung der Maßnahme unter Beteiligung von jungen Menschen ab 14 Jahren
 - o nach Möglichkeit barrierefrei
 - o für 5 Jahre zweckgebunden
- Instandhaltung von Jugendplätzen in einer Gemeinde / der Stadt Peine
- Förderung von Aktionen und Angeboten für junge Menschen ab 14 Jahren unter Berücksichtigung von
 - o Partizipation: mindestens 50% des Angebotes wurde von jungen Menschen eigenverantwortlich geplant
 - o Inklusion: z.B. 25% der Teilnehmenden einer Aktion sind benachteiligt, inklusive Raumgestaltung, barrierefreie digitale Zugänge
- Förderung der erstmaligen Entwicklung eines Schutzkonzeptes (nach Standard des Nds. Kinderschutzbundes)

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind anerkannte Jugendvereine und -verbände mit Sitz im Landkreis Peine sowie die Gemeindejugendpflegen des Landkreises Peine und die Stadtjugendpflege Peine.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Förderungsfähig sind Maßnahmen, die der Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit dienen sowie sich nach den aktuellen Bedarfen von jungen Menschen ausrichten. Gefördert werden vorrangig Maßnahmen, die partizipativ mit jungen Menschen entwickelt werden und langfristig den Landkreis Peine kinder- und jugendfreundlich und damit attraktiv für junge Menschen machen.

Es besteht kein Rechtsanspruch auf eine Zuwendung. Die Entscheidung erfolgt nach Ermessen der Kreisjugendpflege im Rahmen des zu Verfügung stehenden Budgets.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Der Landkreis Peine gewährt für die unter Ziff. 2 aufgeführten Maßnahmen Kreiszuwendungen bis zu folgender Höhe

- Die Durchführung von Jugendforen / -konferenzen vor Ort in den Gemeinden / der Stadt Peine mit max. 500,00 € alle 2 Jahre
- Schaffung von Jugendplätzen mit einmalig max. 5000,00 € pro Gemeinde
- Instandhaltung von Jugendplätzen mit jährlich max. 2000,00 € pro Gemeinde
- Förderung von Aktionen und Angeboten für junge Menschen ab 14 Jahren mit max. 500,00 € pro Maßnahme
- Förderung der erstmaligen Entwicklung eines Schutzkonzeptes mit max. 1000,00 €

6. Antragsverfahren, Verwendungsnachweise und Evaluation

Für die Bereitstellung der Mittel für die og. Maßnahmen werden **vorrangig** Anträge **nach Eingang** berücksichtigt, ~~die spätestens bis 30.4. eines laufenden Jahres gestellt worden sind.~~ In diesem Antrag soll das Maßnahmenvorhaben konkret benannt werden. Der Richtlinie ist in der Anlage ein Muster eines Fördermittelantrages beigefügt. Nach Beendigung der Maßnahme ist innerhalb von 6 Monaten ein einfacher Verwendungsnachweis dem Jugendamt vorzulegen. Soweit hier nicht anders geregelt, gelten die zuwendungsrechtlichen Vorschriften der LHO analog.

7. Schlussbestimmungen

Diese Richtlinie tritt am 01.01.2025 in Kraft und am 31.12.2027 außer Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit im Landkreis Peine vom 01.01.2024 außer Kraft.

Peine, 23.10.2024

Heiß
(Landrat)